

Erscheint
zweimal wöchentlich.

„Südwest“

Erscheint
Dienstags und Freitags.

Unabhängige Zeitung für die Interessen des gesamten Schutzgebietes

Bezugspreis:

Durch die Expedition monatlich Mark 1,50; durch die Post für das Schutzgebiet, die übrigen Kolonien und für Deutschland, sowie für die sämtlichen Länder des Weltpostvereins vierteljährlich Mark 3,— Einzelpreis der Nummer 30 Pfennig.

Herausgeber und verantwortlicher
Schriftleiter
Rudolf Kindt, Windhuk

Anzeigenpreis:

Die 5-gespaltene Petizeile oder deren Raum 40 Pfennig; Geschäfts- und Reklamezeilen nach besonderer Berechnung. — Anzeigen werden durch sämtliche Annoncen-Expeditionen des In- u. Auslandes, sowie durch d. Swakopmunder Buchhandlung G. m. b. H., entgegengenommen

Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet.

Windhuk, Dienstag, den 6. Mai 1913

Nachdruck nur unter Quellenangabe gestattet.

Die Ovambolandfrage.

III.

Die Aufgabe des Fortkommandanten (das ist ja der so sehnlich gewünschte Resident) wäre es nun, mit sehr viel Vorsicht zu versuchen, langsam und ohne Gewaltmittel Einfluß auf die Häuptlinge zu gewinnen. Jede Art von Steuern oder Repressalien wären prinzipiell zu vermeiden, dagegen alles, was die Eingeborenen an Arbeit oder Provisionen liefern, vorläufig entsprechend zu bezahlen. Vielleicht würde man sich dann auch überlegen können, ob man nicht ein paar Händler unter Schutz und Kontrolle der Stationen ansiedeln könnte.

Aus sanitären Rücksichten wäre es vielleicht zu erwägen, ob man Stationen im Ovamboland nicht mit eingeborenen Soldaten besetzen könnte. (Ostafrikanische Somalis oder Suahelis, jedoch unter keinen Umständen ohne ihre Weiber, da sie sonst sehr bald allerlei Streitigkeiten mit den Ovambos bekommen würden.)

Es ist nicht notwendig, lange darüber zu sprechen, wie das Alles gemacht werden sollte. Aus den Verhältnissen selbst wird sich sehr bald das Richtige ergeben und von maßgebender Seite dann wohl auch in Szene gesetzt werden. Es ist aber vielleicht angebracht, noch einen Punkt zu erwähnen, der wichtig sein mag.

Wir wollen da oben wohl nicht störend in den Status quo der politischen Verhältnisse eingreifen, es handelt sich nicht darum, die Ovambos — besser ihre Häuptlinge — zu unterwerfen, sondern sie dazu zu erziehen, unseren Zwecken möglichst zu dienen. Das Kommando müßte wohl an der Nordgrenze ein militärisches sein, doch wäre es empfehlenswert, dem Kommandanten irgend eine Art von Kommissär beizugeben, der ständig oben sitzt, so daß stets Jemand dauernd auf dem Laufenden ist, falls der Kommandeur wechseln sollte.

Ein glänzendes Beispiel, wie großen Einfluß man auch ohne Machtmittel im Ovamboland gewinnen kann, gibt Herr Rautanen in Ondonga, dem es gelungen ist, seine Mission zu einem ausschlaggebenden Faktor, wenn nicht im Ovamboland, so doch in Ondonga, zu machen. Hier spielt allerdings Charakter und Persönlichkeit eine große Rolle. Gerade die finnische Mission zeigt deutlich, wie es möglich ist, das Land friedlich zu erobern, und da wir ja in Wirklichkeit auch nichts anderes wollen (in unserem eigenen ganz egoistischem Interesse, als unseren Besitz an Arbeitskraft gegen Verluste durch fremden Einfluß oder Unruhen zu sichern, so sollte es doch auch möglich sein, die Mission, die wir zu erfüllen haben, auf friedlichem Wege zu erfüllen.

Ein tüchtiges Stück Vorarbeit hat die finnische und in unserem deutschen Interesse vor allem die Rheinische — Mission schon geliefert. Man mag über Missionen denken, wie man will, wer diese Arbeit gesehen hat, der muß sich darüber klar sein, daß die Missionare ohne viel Lohn dort auf verlorenem Posten ein heiliges Feuer schüren. Sollten wir nun nicht auch die Verpflichtung haben, ein ganz klein wenig den Männern beizuspringen, die unsere Kultur und ihre Basis, das Christentum, seit Jahren dort vertreten und deren Stellung durch unser Zögern immer schwieriger wird? — Ideelle und materielle Pflicht ruft uns nach dem Ovamboland, und wir zögern. — Warum?

Vorstehendes ist aus dem Gefühl heraus geschrieben worden, daß es gesagt werden muß, um einer alten Teilnehmlichen Sache zu dienen. Einige Sachkenntnis berechtigt dazu, der beste Wille, nur das zu sagen, was Überzeugung ist, mag Härten und vielleicht auch Fehler in der ganzen Auffassung entschuldigen. Die Hoffnung knüpft sich daran, daß es, so wie es gut gemeint ist, auch gut aufgefaßt wird und vielleicht ein wenig dazu beiträgt, eine energische Lösung der Ovambolandfrage anzuregen.

—X—

Viehpreis und Fleischpreis.

Ein bekannter Windhuker Farmer schreibt uns:

Die Hoffnung, in diesem Jahre eine gute Ernte zu erzielen, haben neunundneunzig Prozent aller Farmer begraben müssen. Bittere Enttäuschung macht sich überall Luft, und die Enttäuschung ist um so größer, als unsere Farmerschaft gerade in diesem Jahre mehr als je zuvor ihre Hoffnung auf einen guten Ernteausfall gesetzt hatte.

Gerade die strebsamsten Farmer — und namentlich die kleineren, d. h. weniger begüterten — unter ihnen haben, als der Regen im Oktober-November regelrecht und rechtzeitig einsetzte, ihre ganze Arbeitskraft und einen großen Teil ihres Betriebskapitals darauf verwandt, möglichst viel Land unter den Pflug zu bringen. Einzelne haben sich dabei völlig ausgegeben. Da blieb in der großen Regenzeit der Regen fast völlig aus und bittere Not pochte an die Tür der meisten Farmhäuser. Waren schon in den letzten Jahren die Ernten nicht voll zur Zufriedenheit ausgefallen, so hatten die meisten Ackerbauer doch wenigstens soviel geerntet, um mit dem Erlös den Lebensunterhalt für sich und ihre Eingeborenen bestreiten zu können. Das war namentlich für die minder begüterten Farmer immer von großer Bedeutung, zumal, wo sie an ihrem Viehbestand noch einen Rückhalt hatten: Vieh war zu lohnenden Preisen immer abzusetzen, und wer nicht genug geerntet hatte, konnte sich durch den Verkauf einiger Stück Vieh helfen.

In diesem Jahre nun haben wir gar keinen Ernteertrag, u. um die Lage vieler Farmer noch trostloser zu machen, können sie auch ihr Vieh gar nicht oder nur zu Spottpreisen loswerden. Proviant und sonstigen Lebensbedarf für sich und seine Eingeborenen kann der Farmer nicht entbehren; auf Borg kann er ihm in den weitaus meisten Fällen nicht entnehmen, weil er seinen Kredit bei den Kaufhäusern ohnehin schon bis zur Höchstgrenze angespannt hat und die Geschäftsleute, die selbst infolge der weitgehenden Kreditgewährung der letzten Jahre empfindlichen Mangel an Barmitteln haben, keinen weiteren Kredit gewähren können; sie sehen sich im Gegenteil vielfach genötigt, auf eine wenigstens teilweise Abdeckung der alten Schulden der Farmerkundschaft zu bestehen. Versuche der Farmer, mangels baren Geldes den Geschäftsleuten Vieh in Zahlung zu geben, sind fast in allen Fällen gescheitert. Was sollte auch der Kaufmann mit dem Vieh anfangen, wo er dafür ebenso schwer und nur zu ebenso schlechten Preisen Absatz findet, wie der Farmer selber?

So muß denn der Farmer, wenn er nur das Nötigste für seine Wirtschaft haben will und wenn er keinen Notgroschen im Sackrand liegen hat — und wer hat das? — selbst von Pontius zu Pilatus laufen und sein Vieh zu verkaufen suchen. Und nicht genug, daß er gewiß ist, nur einen minimalen Preis zu erhalten, er muß auch noch Tage lang herumlaufen, ehe er überhaupt einen Käufer findet. Das Angebot ist eben sehr groß, weil beinahe alle Farmer sich genötigt sehen, Vieh abzustößen, und die Abnehmer haben zum Teil, wie z. B. die Genossenschaftsschlächtereien, die Verpflichtung, einen bestimmten Lieferantenkreis bei ihren Viehankäufen zu berücksichtigen. Andere Schlächtereien sind vertraglich an bestimmte Viehlieferanten gebunden. Das setzt die Schlächtereien in den Stand, den durch das Massenangebot ohnehin gedrückten Viehpreis noch mehr herabzusetzen. Der kleine Farmer muß sich das nolens volens gefallen lassen und muß noch froh sein, wenn ihm sein Vieh überhaupt abgenommen wird.

Das sind Zustände, die dringend einer Aenderung bedürfen. Wie diese möglich ist, das lehrt ein Rückblick auf die frühere Zeit, nämlich auf die Zeit, wo das Gouvernement noch eine eigene Governmentsschlächtereier unterhielt und seine Beamten und Angestellten selbst mit Fleisch versorgte. Es war gewiß eine bemerkenswerte Rücksichtnahme des Gouvernements auf die private Erwerbstätigkeit, daß es diese Schlächtereier eingehen ließ, um den privaten Schlächtereien das Fortkommen zu erleichtern, diese Rücksichtnahme erfolgte größtenteils auch deshalb, weil die Genossenschaft

sich anheischig gemacht hatte, zugleich im Interesse der Produzenten wie dem der Konsumenten, als Preisregulator auf dem Vieh- und Fleischmarkt zu fungieren.

Wie sich die Dinge jetzt gestaltet haben, kann von einer das Produzenten- wie das Konsumenten-Interesse währenden preisregulierenden Tätigkeit weder bei der Genossenschaft noch auch bei einer der anderen hiesigen Schlächtereien gesprochen werden. Trotz des enormen Rückgangs der Viehpreise ist der Fleischpreis derselbe geblieben wie früher, und die Spannung zwischen dem Fleischverkaufs- und dem Vieheinkaufspreis ist ungesund hoch. Schon deshalb wäre es zweckmäßig, wenn das Gouvernement seinen Schlachtbetrieb wieder aufnehmen wollte, wie das Exzellenz Dr. Seitz aus denselben Gründen schon im vorigen Jahre beabsichtigt haben soll. Die Rolle des Preisregulators würde damit binnen kurzem dem Gouvernement anheimfallen, und das Gouvernement ist, wenn man alle in Betracht kommenden Punkte näher betrachtet, auch die einzige Stelle, an der diese Funktion dauernd ausüben kann.

Die Wiederaufnahme des Schlächtereibetriebes durch das Gouvernement ist aber noch mehr geboten, weil sie das einzige Mittel zu sein scheint, die Notlage der kleinen Farmer zu mildern. Früher, als das Gouvernement noch schlachten ließ, hatten die Farmer, die ihr Vieh nicht zu billig verkaufen wollten, einen Rückhalt am Gouvernement. Dieses nahm ihnen ihr Vieh zu einem Preise ab, bei dem sie immer noch ihre Rechnung finden konnten, und zwar zu einem Preise, der erheblichen Schwankungen nicht unterworfen war. Der Farmer konnte also gewiß sein, sein Vieh los zu werden, und er wußte auch mit ziemlicher Sicherheit den Preis, den er erzielen würde. Durchschnittlich zahlte das Gouvernement 35 Pfennig pro Pfund Schlachtgewicht, der Farmer erhielt Zug um Zug auch gleich sein Geld, konnte seine Schulden bei den Geschäftsleuten ganz oder teilweise decken und hatte jedenfalls immer wieder Kredit. Davon hatte nicht nur er, sondern auch die Geschäftswelt Nutzen, und daß der dauernde Geldumlauf auch der übrigen Bevölkerung zugute kam, liegt auf der Hand.

Aber auch die Konsumenten hatten ihren Vorteil von dem Schlachtbetriebe des Gouvernements. Die Beamten usw. erhielten ihr Fleisch mit einem mäßigen Preisaufschlag, und dieser Preis des Fleisches blieb nicht ohne bestimmenden Einfluß auf die Preise der Privatschlächtereien, die sich ihm einigmaßen anpassen mußten. Die Folge war, daß der Fleischverbrauch ziemlich beträchtlich war, beträchtlicher jedenfalls als heute, wo so Mancher seinen Fleischkonsum und auch den seiner Eingeborenen — ein-schränkt. Daß der Fleischkonsum möglichst stark sei, liegt aber im Interesse der Volksgesundheit und zugleich im Interesse unserer Viehzucht. Jede Maßnahme, ihn zu heben, fördert das Land.

Die einzige Maßnahme aber, den Fleischkonsum der Bevölkerung zu heben und zugleich den Farmern sicheren Absatz und ansehnliche Preise für ihr Vieh zu sichern und damit eine recht beträchtliche Anzahl schwer bedrohter Farmerexistenzen über Wasser zu halten, — die einzige dies bewirkende Maßnahme ist die Wiederaufnahme des Schlächtereibetriebes durch das Gouvernement. Das lehren, wie gesagt, die früher gemachten Erfahrungen.

Auch Farmer, die früher den Schlachtbetrieb des Gouvernements bekämpft haben, stehen jetzt auf dem Standpunkt, daß er nötig und zweckdienlich sei, um einerseits auf dem Fleischmarkt gesunde Verhältnisse und eine angemessene Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreis zu schaffen, und andererseits den teilweise vor dem Ruin stehenden unbemittelteren Farmern Hilfe zu leisten. Bei dem heutigen Zustande wird das Fleisch verbrauchende Publikum überfordert, während der Produzent, der Farmer, sich mit Spottpreisen begnügen muß. Eine richtige Preispolitik des Gouvernements muß beiden, dem Konsumenten wie dem Produzenten, gerecht werden und auch sonst dem öffentlichen Wohl förderlich sein.

Es wäre unter diesen Umständen zu wünschen, daß das Kaiserliche Gouvernement die Angelegenheit baldigst gründlich prüfte, und daß es mit der Wie-